



## DER STAAT IN DER TRANSFORMATION.

Eingereicht von: Grundwertekommission des SPD-Parteivorstands (hier: Dierk Hirschel, Wolfgang Schroeder, Gesine Schwan und Christian Krell)

Unsere Gesellschaft ist im Umbruch. Unter dem Stichwort der sozial-ökologischen Transformation werden tiefgreifende Veränderungen zusammengefasst, um den krisenhaften Strukturbrüchen zu begegnen. In Zeiten der Krise wird auch deutlich, dass der Staat den gesellschaftlichen Wandel steuern muss.

Wir verstehen unter Staat die Institutionen, die nach einem demokratischen Aushandeln unterschiedlicher Interessen, die getroffenen Entscheidungen in konkretes Handeln übersetzen und damit einen maßgeblichen Beitrag zum Zusammenleben in unserem Gemeinwesen leisten. Staatliches Handeln begegnet uns in vielen Formen und Facetten, etwa in Kitas und Schulen, bei der Polizei oder in den Verwaltungen, aber auch in Datenschutzrichtlinien, der EU oder bei Roaminggebühren-freien Telefonieren im europäischen Ausland.

Der Staat muss die sozial-ökologische Transformation demokratisch gestalten und zielgerichtet vorantreiben. Dafür muss er investieren, technischen und sozialen Fortschritt fördern und für soziale Sicherheit im Wandel sorgen. Nicht immer muss er Leistungen erbringen, die auch andere erbringen können. Oft setzt er aber den entscheidenden Rahmen und kann als Korrektiv wirken. Der Staat kann zu einem entscheidenden Motor der großen Transformation werden. In diesem Papier werden in fünf Bereichen Anforderungen an den Staat formuliert, damit er diesen Aufgaben gerecht werden kann.

1. Der investierende Staat
2. Der schützende Staat
3. Der souveräne Staat
4. Der arbeitende Staat
5. Der demokratische Staat

Damit ist auch klar, dass zu vielen Aspekten, die den Staat und seine Zukunft betreffen, hier nichts gesagt wird. Die genannten Anforderungen sind aber aus unserer Sicht von besonderer Bedeutung, um den Staat zukunftsfest zu machen.

### Der Staat im Wandel

Staat und Markt sind zentrale Institutionen unserer Gesellschaft. Der Staat soll in demokratischen Gemeinwesen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in praktische Politik umsetzen. Darüber hinaus schützt er aber auch die Interessen von Minderheiten. Gesellschaftliches Zusammenleben ist ohne staatliche Strukturen nur schwer vorstellbar. Zugleich sehen wir, dass das Staatsverständnis und das



Verhältnis von Staat, Markt und Gesellschaft sehr unterschiedlich ausgestaltet werden können.

Seit den 1980er-Jahren haben wir einen tiefgreifenden Wandel im Staatsverständnis und in seinen konkreten Aufgaben erlebt. Einerseits wurde er als in vielen Bereichen dem Markt unterlegen verstanden und vormals staatliche Aufgaben wurden privatisiert. Bildung, Gesundheit, Verkehr, Post, Wohnungsbau – in vielen Bereichen hatte sich der Staat zurückgezogen. Andererseits wurden auch neue Gestaltungsaufgaben des Staates entdeckt. Ein Beispiel hierfür ist die Energiewende. Die Entwicklung des Staates ist von Rückzug, Umbau, Abbau und dem Aufbau neuer Verantwortung geprägt. Selbst im neoliberalen Zeitalter zog sich der Staat nie einfach aus Wirtschaft und Gesellschaft zurück. Er veränderte lediglich seine Struktur und Funktion.

Im 21. Jahrhundert erleben wir das Comeback des intervenierenden Staates. Allein staatliche Strukturen waren in der Lage, auf die Herausforderungen der Finanzmarktkrise und der Covid-Pandemie zu reagieren. Das Comeback des intervenierenden Staates beschränkte sich nicht nur auf unmittelbares Krisenmanagement. Nach der Finanzmarktkrise stärkte die Große Koalition den Sozialstaat. Die Bedeutung des Staates wächst auch in der Umwelt- und Klimapolitik. Der Klimawandel ist, dem Ökonomen Nicholas Stern folgend, das größte Marktversagen, das wir je gesehen haben. Der Staat muss die Natur vor der Dynamik einer kurzsichtigen Kapitalverwertung schützen.

Mehr Staat ist nicht automatisch fortschrittlich. Das staatliche Intervenieren der letzten Jahre hat ein Janusgesicht. Einerseits konnte der freie Fall der Wirtschaft schnell gestoppt, Massenarbeitslosigkeit verhindert und die Einkommen der abhängig Beschäftigten stabilisiert werden. Andererseits wurden Verluste der Kapitaleigner sozialisiert. In der Finanzmarktkrise und in der Pandemie wuchs die Ungleichheit und die demokratische Qualität des staatlichen Handelns war umstritten.

Zudem haben sich in den vergangenen 30 Jahren die Ebenen und Reichweiten des staatlichen Handelns verändert. Stadträte, Kreistage, Landesparlamente und Bundestag sind mitunter nicht mehr zentrale Orte politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung. In Teilbereichen haben die europäischen Nationalstaaten demokratische Souveränitätsrechte an die Europäische Union abgegeben. Europa bietet einen neuen Rahmen, in dem sich Staatlichkeit weitreichender und mitunter wirkmächtiger entfalten kann, als in einzelnen Nationalstaaten. Zugleich begrenzt die EU aber auch die nationalstaatlichen Handlungsräume.

In Zeiten grenzübergreifender Herausforderungen wird deutlich, wie wichtig die europäische Ebene sein kann. So ist es etwa in einigen Bereichen der Digitalisierung gelungen, europäische Standards zu entwickeln und diese durch die europäische



Gesetzgebung und Rechtsprechung auch gegenüber den mächtigen global agierenden Tech-Konzernen durchzusetzen. Einzelne Staaten wären dazu kaum in der Lage. Auch die Herausforderungen des Klimaschutzes, der Finanzmarktregulierung, der Pandemiebekämpfung oder der Flüchtlingsbewegungen können europäisch und international besser bearbeitet werden als in den Grenzen des Nationalstaats.

Umgekehrt behindert oder verzögert das europäische Regelwerk – wie z. B. der in Teilbereichen gegebene Zwang zur Einstimmigkeit, der europäische Wachstums- und Stabilitätspakt oder das europäische Wettbewerbsrecht – die Entfaltung einer Politik für die Vielen.

Nicht zuletzt die jüngsten Krisen – Finanzmarktkrise, Corona etc. – haben gezeigt, dass der Nationalstaat auch in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung weitaus handlungsfähiger ist, als manche seiner Kritiker:innen unterstellen. Dies gilt für die Finanz- und Steuerpolitik ebenso wie für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik oder die Regional- und Strukturpolitik. Von einem zwangsläufigen Kontrollverlust nationalstaatlicher Politik über die zentralen Lebensbereiche – Arbeit, Wohnen, Bildung, soziale Sicherheit, etc. – kann keine Rede sein.

Für kluges und effektives staatliches Handeln müssen unterschiedliche Ebenen, von der Kommune, über das Land und den Bund bis hin zu europäischen und auch globalen Strukturen ineinandergreifen.

Für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen muss staatliches Handeln modernisiert werden. Die folgenden fünf Bereiche sind dabei von besonderer Bedeutung:

## **Der investierende Staat**

Der Staat ist verantwortlich für den Erhalt und Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur. Dazu gehören u. a. das Straßen- und Schienennetz, die energetische Infrastruktur und kollektive Güter, wie Gesundheit, Bildung, Wohnen und Sicherheit. All dies wäre ohne staatliche Investitionen und politischen Gestaltungswillen nicht entstanden. Ohne einen investierenden Staat wären nicht nur die Grundlagen, auf denen unsere leistungsfähige Wirtschaft fußt, defizitär, sondern auch der soziale Zusammenhalt gefährdet. Umgekehrt gilt aber auch, dass eine leistungsfähige Wirtschaft die Grundlage des modernen staatlichen Handelns ist. Ein leistungs- und handlungsfähiger Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern Lebensqualität ermöglichen will, benötigt finanzielle Ressourcen, die er vornehmlich über Steuern generiert, welche wiederum eine kraftvolle Wirtschaft voraussetzen. Die investive Tätigkeit des Staates ist deshalb von existenzieller Bedeutung für die Stärke der Wirtschaft, den Wohlstand der Bevölkerung und die Handlungsfähigkeit des Staates selbst.



Um auch in Zeiten großer sozialer und ökonomischer Umbrüche weiterhin Garant von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Wohlstand und sozialer Sicherheit zu sein, muss der Staat als dynamischer, investierender Akteur auftreten, der weiß, an welchen Stellen die zukünftige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft maßgeblich beeinflusst werden muss. Zugleich ist der Staat ein Motor des technologischen Fortschritts. Durch öffentliche Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen können wichtige Innovationen angeschoben werden. Deshalb darf sich der Staat nicht als Verwaltungsinstitution verstehen, die sich den Dynamiken des Marktes tatenlos ergibt oder lediglich Marktversagen korrigiert. Es bedarf vielmehr hoher Investitionen in Zukunftstechnologien, um unsere Wirtschaft nachhaltig aufzustellen. Zudem sind hohe soziale Investitionen in Bildung und Chancengerechtigkeit nötig, um die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft, der Digitalisierung und des Fachkräftemangels bewältigen zu können. Hinzu kommt, dass viele Investitionen sich zunächst für private Investoren nicht rechnen, wenngleich sie für Natur, Umwelt und Gesellschaft von existentieller Bedeutung sind. Diese privatwirtschaftlich unrentablen Investitionen können nur der Staat, Genossenschaften und Wohlfahrtsverbände tätigen. Deswegen sollte der Staat den gemeinwirtschaftlichen Sektor durch steuerliche Anreize und Subventionen fördern. Der Staat darf sich vor der sozialökologischen Transformation nicht wegduckeln, sondern muss gestalten, lenken und investieren.

Ein investierender Staat braucht aber auch politische Akteure, die investieren und gestalten wollen. Das sture Festhalten an der Schuldenbremse lähmt den Staat und degradiert ihn zum handlungsunfähigen Verwaltungsapparat. Das Prinzip des schonenden Umgangs mit den eigenen finanziellen Ressourcen darf nicht zur paralyisierenden Handlungsmaxime verkommen, die den notwendigen Gestaltungswillen gefährdet. Deshalb braucht es einen flexibleren Umgang mit der Schuldenbremse, der es erlaubt, Schulden aufzunehmen, wenn sie in volkswirtschaftlich rentable und zukunftsorientierte Projekte investiert werden. Ein starker investierender Staat, der seine eigenen finanziellen Ressourcen nicht durch Schulden überstrapazieren will, muss seine laufenden Einnahmen über Steuern finanzieren. Dafür müssen Steuerlasten fair verteilt werden und Steuern nicht zuletzt dort erhoben werden, wo sich hohe Profite und Vermögen konzentrieren.

## **Der schützende Staat**

Ein moderner Sozialstaat sollte Armut vorbeugen und den Lebensstandard sichern. Darüber hinaus ist ein Mindestmaß an sozialer Gleichheit elementare Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Die Sozialversicherungen müssen gleichzeitig aber auch neue Risiken (atypische und prekäre Beschäftigung, Niedriglöhne, Alleinerziehende), die durch eine veränderte Arbeits- und Lebenswelt entstanden sind, besser absichern. Die Sozialversicherungen sollten zukünftig verstärkt durch Mindestsicherungselemente im unteren Einkommensbereich –



Mindestarbeitslosengeld, Mindestrente, rentenrechtliche Aufwertung von Kindererziehungs-, Aus- und Weiterbildungszeitung – ergänzt werden. So würden soziale Sicherungssysteme, die weiterhin auf dem Äquivalenzprinzip basieren, Armut besser vermeiden.

Um den Lebensstandard im Alter zu sichern, muss das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung wieder angehoben werden. Die Arbeitslosenversicherung muss Erwerbslosigkeit künftig finanziell wieder besser absichern, wenn der Lebensstandard bei Jobverlust annähernd gehalten werden soll. Darüber hinaus müssten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung universalisiert werden. Eine allgemeine Versicherungspflicht würde alle Erwerbsformen beitragspflichtig machen. Die gesetzliche Rentenversicherung sollte zukünftig auch Beamte, Soloselbstständige, Abgeordnete und Landwirte versichern. Die Arbeitslosenversicherung sollte in eine Arbeitsversicherung überführt werden. Das duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung müsste zu einer solidarischen Bürgerversicherung umgebaut werden. Außerdem sollte die Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung weiterentwickelt werden. Der schützende Staat spielt auch eine Rolle in der Gefahrenabwehr. Sowohl im Inneren, beim Schutz vor Kriminalität und der Bewahrung unserer demokratischen Ordnung, aber auch im Äußeren ist staatliches Handeln essentiell.

## **Der souveräne Staat**

Nur ein Staat, der souverän ist, ist auch unter schwierigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Lage die Interessen seiner BürgerInnen zu befrieden. Die Bewahrung und Herstellung von Souveränität ist in der vernetzten und globalisierten Weltordnung von heute eine Herausforderung, die mit vorrausschauenden Konzepten angegangen werden kann. Schließlich geht es darum, wie in einer Welt gegenseitiger Abhängigkeit, strategische Selbstbestimmung und wirtschaftliche Arbeitsteilung so austariert werden können, dass Synergien entstehen, die die Vorteile aus beiden Welten vereinen. Ziel darf dabei nicht sein, sich in einer protektionistischen Politik der nationalen Alleingänge abzuschotten. Vielmehr gilt es, in internationaler Abstimmung die Voraussetzungen für nationalstaatliche Souveränität zu schaffen, um die staatliche Pflicht zum Schutz der Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger umsetzen zu können.

Zur Bewahrung der Souveränität im globalen Kontext, muss klar definiert werden, in welchen Bereichen Souveränität durch mangelnde Selbstbestimmung gefährdet ist und wie dem zu begegnen ist. Es braucht z. B. eine klare Strategie, um Schlüsseltechnologien und Kompetenzen zu fördern, die darauf zielen, die digitale Souveränität voran zu bringen. Nur ein Staat, der über die Kompetenzen und Technologien verfügt, um souverän agieren zu können, ist auch in der Lage die digitale Souveränität seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Eine Strategie zur Erlangung digitaler Souveränität muss auch darauf gerichtet werden, wie



international anerkannte und praktizierte Normen geschaffen werden können, die den Nationalstaat dazu befähigen, auch handlungsmächtig gegenüber der Macht der digitalen Konzerne zu sein.

Die Globalisierung und Finanzialisierung der Ökonomie sind zentrale Herausforderungen für den Primat der Politik. Der Staat darf nicht vor globalen Märkten und Finanzströmen kapitulieren, sondern muss diese versuchen zu beherrschen und zu lenken. Der Markt sollte als ein Instrument begriffen werden, das durch seine Dynamiken schöpferisch wirken kann, vielfach aber soziale, ökologische und demokratische Interessen missachtet. Da wo Märkte ihre destruktiven Dynamiken entwickeln, muss der Staat als lenkendes Regulativ auftreten. Unerwünschten Folgen unternehmerischen Handelns muss genauso vorgebeugt werden, wie krisenprovozierenden Dynamiken der Finanzmärkte. Dazu braucht es starke demokratische Institutionen und Kontrollbehörden, die mit hoher Durchsetzungs- und Sanktionsmacht international abgestimmt, regulierend und kontrollierend auf Märkte einwirken können. Zudem bedarf es einer Steuerpolitik, die die Funktion von Steuern in ihrem ursprünglichen Sinne versteht: als wirtschaftspolitisches Instrument der Lenkung, um schöpferisches Agieren zu honorieren und destruktive Dynamiken von Märkten einzuhegen.

Da, wo sich Abhängigkeiten nicht vermeiden lassen, gilt es diese so auszugestalten, dass sie nicht zur machtpolitischen Einbahnstraße einzelner Akteure werden. Autarkie ist für ein ressourcenarmes Land wie Deutschland illusorisch. Abhängigkeiten von anderen Akteuren werden auch in Zukunft weiterhin bestehen und sich im Bereich essenzieller Güter mitunter sogar noch weiter verstärken. Deshalb besteht die dringende Notwendigkeit, auf diese Gefahren Antworten zu geben und sich für eine selbstbestimmtere Strategie zu wappnen, ohne die internationale Arbeitsteilung zu ignorieren. Der Staat sollte deshalb darauf hinwirken, dass wichtige Lieferketten diversifiziert und Alternativen ins Blickfeld gerückt werden. Nicht zuletzt die Covid-19 Pandemie hat uns schmerzvoll vor Augen geführt, wie problematisch das Fehlen eigener Produktionskapazitäten für medizinische Masken oder Medikamente sein kann und wie fragil der Verlass auf globale Lieferketten ist. Souveränität ist keine Absage an die internationale Arbeitsteilung. Souveränität kann nur dann gelingen, wenn Regeln akzeptiert und Prinzipien wechselseitiger Rücksichtnahme praktiziert werden. Die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, gehört zu den zentralen Aufgaben des Staates im 21. Jahrhundert!

## **Der arbeitende Staat**

Die Art und Weise wie wir Arbeiten, Reisen, Wohnen, Essen und Wirtschaften verändert sich und staatliche Akteure, Institute und Ressourcen sind maßgeblich, um den damit verbundenen Wandel umfassend steuern zu können. Durch gutes, staatliches Handeln können die Geschwindigkeit und die Richtung des Wandels



demokratisch rückgekoppelt und so eine gesellschaftliche Grundlage für den Wandel gesichert werden. Staatliches Handeln kann dazu beitragen, dass die Transformation schneller gelingt und dass die Zahl derjenigen, die unter dem Wandel leiden, gering bleibt. Auch die Möglichkeit, frei von Marktzwängen Investitionen vorzunehmen, die sich erst langfristig auszahlen, ist vor allem dem Staat gegeben.

In den vergangenen Jahrzehnten waren die Debatten um den Staat häufig davon geleitet, dass staatliche Strukturen „verschlankt“ werden sollten. Eine Rhetorik mit Folgen: In vielen Bereichen wurde Personal abgebaut, Aufgaben ausgegliedert oder ganz gestrichen. In der Konsequenz erleben wir heute einen Staat, der an vielen Stellen „blutleer“ wirkt und die gewaltigen, vor ihm liegenden Aufgaben kaum stemmen kann.

Verstärkt wird dieses Problem durch die vor uns stehenden Verrentungswellen. In den nächsten fünf bis zehn Jahren werden viele derjenigen, die jetzt den Staat tragen, das Ende ihrer Berufslaufbahn erreichen. Es wird eine Herausforderung werden, in ausreichendem Maße motivierte, kompetente junge Menschen zu gewinnen, die sich für eine Tätigkeit im staatlichen Bereich entscheiden. In ihrer Ausbildung geht es nicht nur darum, den anstehenden Wandel angemessen in den Blick zu nehmen, sondern auch die demokratische Grundordnung unseres Zusammenlebens zu stärken. Überall dort, wo Menschen für die Gesellschaft arbeiten und den Staat vertreten, ist es besonders wichtig, dass Rassismus, Hass und Diskriminierungen keinen Raum finden. Denn der arbeitende Staat nimmt dabei auch eine integrierende Rolle ein. Gegenüber dem Staat sind wir als Bürger:innen gleich. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird auch durch und mit den Institutionen des Staates gewährleistet.

## **Der demokratische Staat**

Der Staat muss Freiheit gewährleisten und demokratische Teilhabe ermöglichen. Mit dem Ausbau moderner Staatlichkeit ging eine Ausdehnung von Freiheitsrechten einzelner einher. Staatsbürgerliche Gleichheit sollte garantieren, dass sich Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe begegnen und dass das Maß an Freiheit nicht von der Größe der Geldbörse oder der Gnade der Stärkeren abhängt. Der Anspruch der Sozialdemokratie war dabei, dass es nach und nach zu einer Ausdehnung demokratischer Rechte auf alle Bereiche unseres Zusammenlebens kommt, auch in der Wirtschaft. Nicht demokratisch legitimierte Macht galt es zu überwinden. Der demokratische Staat war dafür ein Vehikel. Inzwischen erleben wir, dass selbst in etablierten Demokratien Freiheitsrechte mitunter wieder umstritten sind und eingeschränkt werden. Das Recht auf Abtreibung oder die Freiheitsrechte homosexueller Menschen sind nur zwei Beispiele für ein Zurückdrehen individueller Freiheiten in einigen Ländern. Dabei zeigt sich auch die Janusköpfigkeit staatlicher Strukturen. Sie können eben nicht nur Freiheiten gewährleisten, sondern auch



autoritär und freiheitsfeindlich wirken. Es gilt, den Staat als Garant von Freiheitsrechten zu stärken.

Eine wichtige Aufgabe wird dabei auch sein, die Mechanismen demokratischen Aushandelns und demokratischer Kompromissorientierung selbst zu verteidigen. Es war Carlo Schmid, der als einer der sozialdemokratischen Väter des Grundgesetzes leidenschaftlich für die Verteidigung demokratischer Prinzipien plädiert hat. Ein demokratischer Staat ist kein Staat des „anything goes“. Im Gegenteil: „wo man den Mut hat, an (die Demokratie ...) als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben ... muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

In Zeiten der existenziellen Krisen, die wir gegenwärtig erleben, steht demokratisches Gestalten besonders unter Druck. Es gibt in der öffentlichen Debatte immer wieder die Unterstellung, dass die Aushandlungsprozesse der Demokratie zu langsam oder zu zaghaft sind, um den Krisen gerecht zu werden. Dabei zeigen die historische Erfahrung und der Blick in andere Teile der Welt, dass jeder Versuch, demokratische Prozesse zu umgehen, um irgendein höheres Ziel zu erreichen, in totalitären Momenten endet, die die Freiheit unterdrücken.

Darüber hinaus wäre eine „verordneter“ Wandel kein nachhaltiger Wandel. Nur wenn die Transformationen, die wir brauchen, von einer Mehrheit der Menschen getragen werden, sind sie auf Dauer gestellt.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben lange dafür gestritten, dass die gesellschaftliche Macht über die Wirtschaft ausgeweitet wird. Gesellschaftliche Macht ist in diesem Zusammenhang mehr als die Macht des demokratischen Staates. Es geht um die Selbstorganisation der Bürger, Produzenten und Konsumenten. Diese sollen systematisch wirtschaftliche Entscheidungen und Eigentumsrechte beeinflussen. Die Wirtschaft darf keine demokratiefreie Zone mehr sein. Wirtschaftsdemokratie ist ein Gesamtkonzept, das die Demokratisierung der betrieblichen, regionalen und gesamtwirtschaftlichen Ebene verbindet. Der Staat wird in der sozialökologischen Transformation nicht nur auf der nationalen Ebene wirksam. Im Gegenteil: In der Menge und in der Qualität der Umsetzung spielt dafür die kommunale Ebene eine zentrale Rolle. Das bietet zugleich die Chance, die Transformation partizipatorisch so zu gestalten, dass die Bürgerinnen und Bürger sie mitbestimmen, sich damit identifizieren und sie sich „aneignen“ können (Ownership). Damit gelingt die Transformation inhaltlich besser, weil mehr Perspektiven in ihre Gestaltung eingehen können und partikularistische Einseitigkeit damit vermieden wird. So orientiert sie sich tendenziell am Gemeinwohl. Die Kommune ist dafür der am besten geeignete Ort. Hier spielt sich der Lebensalltag der meisten Bürgerinnen und Bürger ab, hier finden Daseinsvorsorge und Bildung, häufig auch kulturelle und sportliche Aktivitäten statt. Deshalb ist es für die





Menschen wichtig, bei der Entwicklung ihrer Gemeinde im Rahmen der sozialökologischen Transformation mitwirken zu können. Damit wird ihre Kommune auch zu ihrer Heimat.

Als institutionelles Modell für die Partizipation, das der repräsentativen Demokratie nicht konkurrierend entgegensteht, sondern sie ergänzt und stärkt, bieten sich „Kommunale Entwicklungsbeiräte“ an. Nach der Idee der UN-Nachhaltigkeitsziele bringen sie unterschiedliche Stakeholder – Vertreter der Wirtschaft, der organisierten Zivilgesellschaft und der Politik (Stadträte und Bürgermeister inkl. Verwaltung) als Partner zusammen, ergänzt durch Wissenschaft und durch im Losverfahren ermittelte Bürger:innen. Die beraten und erarbeiten von Anfang an gemeinsam die großen Linien der kommunalen Entwicklung, über die die gewählte Politik schließlich entscheidet. Da sie – insbesondere auch die kommunale Verwaltung – in den kommunalen Entwicklungsbeiräten vertreten ist, besteht eine gute Chance, dass das Erarbeitete auch umgesetzt wird. Damit erhalten praktisch auch Bürger:innen, die sich nicht in Parteien engagieren (wollen), aus psychologischen (nicht aus rechtlichen) Gründen die Chance, an der Entwicklung ihrer Gemeinden mitzuwirken.

## **Ein Bündnis für den Staat**

Unsere Gesellschaft bewegt sich. Immer mehr Menschen wehren sich gegen Lohndumping, unsichere Jobs, hohe Mieten und die Zerstörung der Natur und fordern mehr politische Mitsprache. Sie wollen eine sozial und ökologisch gerechtere Gesellschaft, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, bezahlbares Wohnen, gute öffentliche Kitas und Schulen, armutsfeste Renten und den Schutz des Klimas. Die emanzipatorischen Kräfte sind auf gutem Weg ihre Defensive zu überwinden. Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, soziale Bewegungen und andere fortschrittliche Kräfte stehen vor der Herausforderung, die unterschiedlichen Proteste und Auseinandersetzungen miteinander zu verbinden. Es geht darum, die gemeinsamen Interessen und Anliegen unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen und progressiver bürgerlicher Milieus zu bündeln. So entstehen gesellschaftliche Mehrheiten, die anschließend in politische Mehrheiten übersetzt werden können. Die progressiven gesellschaftlichen Kräfte haben die Chance, die sozial-ökologische Transformation gemeinsam zu gestalten.